

Sitzung vom

12. Januar 2021

Mitgeteilt den

13. Januar 2021

Protokoll Nr.

17/2021

Auftrag Rettich

betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei Stalking

Antwort der Regierung

Die interkantonale Fachstelle für Schweizerische Kriminalpolizei definiert Stalking als ein beabsichtigtes und wiederholtes Verfolgen und Belästigen eines Menschen, so dass dessen Sicherheit bedroht und dessen Lebensführung beeinträchtigt wird. Hierbei handelt es sich unstrittig um eine schwerwiegende Beeinträchtigung, die gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. Um vom Stalking betroffene Personen schützen zu können, bedarf es einerseits Instrumente, die ein sofortiges Einschreiten ermöglichen, andererseits mittel- und langfristige Interventionsmöglichkeiten, mit deren Hilfe die Stalking-Dynamik unterbrochen werden kann (Christian Schwarzenegger/Aurelia Gurt, Rechtliche Möglichkeiten gegen Stalking in der Schweiz, Gutachten zuhanden des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung von Mann und Frau, Bern 2019, S. 4).

Solche Instrumente existieren bereits im Strafrecht, im Strafprozessrecht, im Zivilrecht, in der Zivilprozessordnung, im Opferhilferecht und im kantonalen Polizeirecht (vgl. Schwarzenegger/Gurt, a.a.O., S. 5-15). Die Regierung beabsichtigt, die betreffenden Massnahmen im Zuge der Teilrevision des Justizvollzugsgesetzes insofern zu ergänzen, als im Polizeigesetz die Grundlagen für eine erweiterte Gefährderansprache geschaffen werden soll. Hierdurch soll die Beratungsstelle für Gewalt ausübende Personen die Möglichkeit erhalten, bei sämtlichen Vorfällen von häuslicher Gewalt mit der gefährdenden Person Kontakt aufzunehmen und ihr eine Gewaltberatung anzubieten. Durch dieses Instrument sollen die bisherigen Massnahmen im Bereich der häuslichen Gewalt ergänzt werden. Von diesem Instrument können Stalking-Betroffene freilich nur profitieren, wenn sie mit dem Täter zusammenleben. Diese wie auch die anderen Interventionsmöglichkeiten sind nicht speziell für Stalking-Betroffene konzipiert worden. Weder auf kantonaler noch auf Bundesebene existieren derzeit spezielle Schutzmassnahmen für Stalking-Betroffene.

Der vorliegende Auftrag fordert, diese Gesetzeslücke zu schliessen und eine Gesetzesgrundlage für den Tatbestand "Stalking" analog den Kantonen Bern, Appenzell Innerrhoden und Ausserrhoden, Zug, Uri sowie Neuenburg zu schaffen. Soweit hiermit die Schaffung einer speziellen Stalking-Strafnorm gefordert wird, gilt es zu beachten, dass die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats am 3. Mai 2019 entschieden hat, den eidgenössischen Räten einen ausgearbeiteten Entwurf für zwei

Strafnormen zu unterbreiten, um die strafrechtliche Verfolgung von stalkenden Personen zu erleichtern. Die betreffende parlamentarische Initiative begründete die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats damit, Stalking würde Betroffene in ihrer Freiheit und individuellen Lebensgestaltung einschränken und könne zu psychischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden führen. Das geltende rechtliche Instrumentarium sei für eine Bestrafung von Stalking unzureichend und entfalte zu wenig generalpräventive Wirkung. Deshalb seien einerseits die Straftatbestände der Drohung und Nötigung im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches zu ergänzen, andererseits seien Lösungsansätze in Bezug auf die Rechtsdurchsetzung bei Cyberstalking zu finden (Parlamentarische Initiative 19.433). Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats hat diesem Vorgehen am 29. Oktober 2019 zugestimmt. Es ist somit davon auszugehen, dass auf eidgenössischer Ebene bald ein spezieller Straftatbestand für das Stalking geschaffen werden wird.

Sollte der vorliegende Auftrag jedoch andere präventive Schutzvorkehrungen für Stalking-Betroffene fordern, hat die Regierung bereits im Regierungsprogramm 2021-2024 in Aussicht gestellt, diese Frage im Rahmen des Bedrohungsmanagements zu prüfen. Hierzu führte sie aus, mit dem Kantonalen Bedrohungsmanagement sollten gefährliche Entwicklungen von Personen frühzeitig wahrgenommen, beurteilt und eine potentielle Gewalttat verhindert werden. Dadurch solle die Sicherheit der Bevölkerung gegenüber gewalttätigen Extremismus, Radikalisierung, häuslicher Gewalt und Stalking, aber auch die Sicherheit von Institutionen wie Verwaltung und Schulen erhöht werden. Im Vordergrund stehe die systematische und interdisziplinäre Zusammenarbeit aller involvierter Behörden und Stellen sowie die Regelung der jeweiligen Zuständigkeiten und Aufgaben. Die Zusammenarbeit solle mit einem ganzheitlichen Konzept und mit der Schaffung einer Fachstelle Bedrohungsmanagement institutionalisiert und professionalisiert werden. Dabei stehe die interdisziplinäre Massnahmenfindung vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesetzlicher Aufgaben im Zentrum. Die dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sollten geschaffen, entsprechende Instrumente eingesetzt und die involvierten Mitarbeitenden geschult werden (Regierungsprogramm und Finanzplan 2021-2024, S. 445).

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag wie folgt abzuändern:

Es sei ein Gesetzesartikel zu schaffen, welcher der Polizei die Möglichkeit bietet, ein Rayon- bzw. Orts-, Annäherungs- und Kontaktverbot als besondere sicherheitspolizeiliche Massnahme anzuordnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Auftrag Rettich betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage bei Stalking

Stalking hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Mit den neuen technischen Möglichkeiten sowie der heute grossen Mobilität, hat auch die Vielfältigkeit von Stalking zugenommen.

Stalking zu definieren ist nicht ganz leicht, da es sich um ein Verhalten handelt, welches anderen Tatbeständen wie häuslicher Gewalt oder Bedrohung sehr nahe ist. Dennoch gibt es klare Merkmale, welche Stalking definieren.

So erstreckt sich Stalking zumeist über einen längeren Zeitraum und zeigt sich durch Belästigungen per Telefon, E-Mail oder Nachrichten. Ebenfalls kann sich Stalking durch das Verfolgen, Auflauern und Nachstellen einer Person am Arbeitsplatz, in der Freizeit oder vor der Wohnung manifestieren. Auch das Aushorchen und Bedrängen von Nachbarn, Verwandten und Bekannten gehört dazu. Ohne frühzeitige Intervention besteht das Risiko, eines fließenden Übergangs von Stalking zu Bedrohung oder gar Gewalttaten.

Seit geraumer Zeit beschäftigt man sich in der Schweiz auf politischer Ebene mit dem Thema Stalking. Diverse Kantone wie Bern, die Appenzeller Halbkantone, Zug, Uri, Neuenburg etc. haben besondere Massnahmen gegen Stalking vorgesehen und sich so befähigt, handlungsfähig zu sein. Im Fachbericht Gewalt des Eidgenössischen Departements des Inneren (EDI) ist folgender Satz festgehalten:

«Ein frühes und offensives polizeiliches Handeln erweist sich in Stalking-Fällen oftmals als sehr bedeutsam, um das Stalking möglichst rasch unter Kontrolle zu bringen bzw. zu beenden.»

Aufgrund des fehlenden Tatbestands gibt es in Graubünden bislang keine Zahlen im Bereich Stalking. Der Höchststand der Beratungen bei der Opferhilfe Graubünden lässt jedoch die Vermutung zu, dass auch in Graubünden die Anzahl Betroffener von Stalking tendenziell steigt.

In der Schweiz wird ein 3-Phasen-Modell für einen unmittelbaren, kontinuierlichen und nachhaltigen Schutz von Stalking-Betroffenen verfolgt.

Dieses setzt auf Sofortinterventionen, also Massnahmen zur unmittelbaren Intervention gegen die stalkende Person, um die Eigendynamik (sogenannte Stalking-Spirale) möglichst rasch unterbrechen zu können, eine Stabilisierungsphase, also Massnahmen zur Vorbeugung von Wiederholungen und anderem Nachtatverhalten und somit zur Stabilisierung der Situation bzw. zur Aufrechterhaltung bzw. Fortführung von wirksamen Sofortmassnahmen, sowie nachhaltige Lösungen, also Massnahmen zur Aufrechterhaltung eines mittel- und langfristigen Schutzes vor weiteren Stalking-Handlungen.

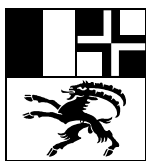
Um dieses, in diversen Kantonen bewährte, Modell verfolgen zu können bedarf es einer rechtlichen Grundlage. Viele Kantone verfügen bereits über eine solche Grundlage, in Graubünden allerdings fehlt eine solche bislang.

Um Stalking-Betroffene in Graubünden überhaupt schützen zu können, bedarf es der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage durch den Grossen Rat.

Um diese Lücke in unserem Gesetz zu schliessen, fordern die Unterzeichnenden eine Gesetzesgrundlage für den Tatbestand «Stalking» analog den oben genannten Kantonen zu schaffen.

Chur, 22. Oktober 2020

Rettich, Geisseler, Casty, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Chur), Gartmann-Albin, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Perl, Preisig, Rutishauser, Schwärzel, Thür-Suter, Ulber, von Ballmoos, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Chur), Tscholl



Sesida dals

12 da schaner 2021

Communitgà ils

13 da schaner 2021

Protocol nr.

17/2021

Incumbensa Rettich

concernent la creaziun d'ina basa legala en cas da stalking

Resposta da la Regenza

Il Post spezialisà interchantunal da la polizia criminala svizra definescha stalking sco in perseguitar e mulestar intenziunà e repetì d'ina persuna, uschia che sia segirezza vegn smanatschada e sia moda da viver vegn restrenschiada. En quest connex sa tracti senza dubi d'ina greva restricziun che po avair consequenzas per la sanadad e per la situaziun economica. Per pudair proteger ina persuna pertutgada da stalking, dovri d'ina vart instruments che pussibiliteschan d'intervegnir immediatamain, da l'autra vart pussaivladads d'intervegnir a media ed a lunga vista, cun agid da las qualas la dinamica dal stalking po vegnir interrutta (Christian Schwarzenegger/ Aurelia Gurt, Rechtliche Möglichkeiten gegen Stalking in der Schweiz, Gutachten zuhanden des Eidgenössisches Büros für Gleichstellung von Mann und Frau, Berna 2019, p. 4).

Tals instruments existan gia en il dretg penal, en il dretg da procedura penala, en il dretg civil, en il Cudesch da procedura civila, en il dretg davart l'agid a victimas ed en il dretg da polizia chantunal (cf. Schwarzenegger/Gurt, al lieu inditgà, p. 5-15). La Regenza ha l'intenziun da cumpletar las mesiras correspundentas en il rom da la revisiun parziala da la Lescha davart l'execuziun giudiziala en quel senn ch'i duai vegnir stgaffida en la Lescha da polizia la basa per contactar en moda extendida persunas periclitantas. Uschia duai il Post da cussegliaziun per persunas violentas survegnir la pussaivladad da contactar la persuna periclitanta en connex cun tut ils cas da violenza a chasa e da la porscher ina cussegliaziun cunter violenza. Cun quest instrument duain vegnir cumplettadas las mesiras vertentas en il sector da la violenza a chasa. Da quest instrument pon persunas pertutgadas da stalking però profitar mo, sch'ellas vivan ensemen cun il delinquent. Questas sco er las autras pussaivladads d'intervenziun n'èn betg vegnidas concepidas spezialmain per persunas pertutgadas da stalking. Ni sin plaun chantunal ni sin plaun federal n'existan actualmain mesiras da protecziun spezialas per persunas pertutgadas da stalking.

L'incumbensa qua avant maun pretenda che questa largia en la lescha vegnia serrada e ch'i vegnia stgaffida ina basa legala per il causal dal «stalking» analogamain als chantuns Berna, Appenzell Dador, Appenzell Dadens, Zug, Uri sco er Neuchâtel. Uschenavant ch'i vegn pretendì da stgaffir ina norma penala speziala per stalking, vali da resguardar che la Cumissiun per dumondas giuridicas dal Cussegl naziunal ha decidì ils 3 da matg 2019 da suttametter a las chombras federalas in

sboz elavurà per duas normas penals che faciliteschan la persecuziun penala da persunas che fan stalking. L'iniziativa parlamentara correspundenta vegn motivada da la Cumissiun per dumondas giuridicas dal Cussegl naziunal cun quai ch'il stalking restrenschia las persunas pertutgadas en lur libertad ed en lur concepziun individuala da la vita e possia chaschunar donns psichics, socials ed economics. L'instrumentari giuridic vertent na bastia betg per chastiar il stalking e sviluppa in effect preventiv general memia pitschen. Pervia da quai stoppian d'ina vart vegnir cumplettads ils causals penals da la smanatscha e da la constringiun en la Part speziala dal Cudesch penal, da l'autra vart stoppian vegnir chattadas soluziuns en regard al far valair il dretg en cas da cyberstalking (iniziativa parlamentara 19.433). La Cumissiun per dumondas giuridicas dal Cussegl dals chantuns ha approvà quest proceder ils 29 d'october 2019. Pia pon ins partir dal fatg ch'i vegnia bainbaud stgaffi sin plaun federal in causal penal spezial per il stalking.

Sche l'incumbensa qua avant maun avess però da pretender autras mesiras da protecziun preventivas per persunas pertutgadas da stalking, ha la Regenza gia empermess en il program da la Regenza 2021-2024 d'examinar questa dumonda en il rom dal management da smanatschas. En quest connex ha ella explitgà ch'i duain – cun il management chantunal da smanatschas – vegnir percepids e validads ad ura svilupps privlus da persunas per evitar in act violent potenzial. Cun quai duai vegnir augmentada la segirezza da la populaziun envers extremissem violent, envers radicalisaziun, envers violenza a chasa ed envers stalking, ma er la segirezza d'instituziuns sco l'administraziun e las scolas. En il center stettia la collavuraziun sistematica ed interdisciplinara da tut las autoritads e da tut ils posts involvids sco er la regulaziun da las competenzas e da las incumbensas respectivas. La collavuraziun duaja vegnir instituzionalisada e professionalisada cun in concept cumplessiv e cun la creaziun d'in post spezialisà per il management da smanatschas. En quest connex stettia en il center da chattar mesiras interdisciplinaras sut l'aspect da las differentas incumbensas legalas. Las basas legalas che sajan necessarias per quai duajan vegnir stgaffidas, ils instruments correspundents duajan vegnir applitgads e las collavuraturas ed ils collavuratur involvids duajan vegnir scolads (program da la Regenza e plan da finanzas 2021-2024, p. 445).

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa sco suonda:

I stoppia vegnir stgaffi in artitgel da lescha che dat la pussaivladad a la polizia d'ordinar in scumond da raiun resp. in scumond local, in scumond da s'avischinar ed in scumond da contact sco mesira speziala da la polizia da segirezza.



En num da la Regenza

Il president:

Il cancellier:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Incumbensa Rettich concernent la creaziun d'ina basa legala en cas da stalking

Il stalking è sa sviluppà vinavant ils ultims onns. Cun las novas pussaivladads tecnicas sco er pervia da la mobilitad ch'è ozendi bler pli gronda, è er creschida la multifariadad dal stalking.

Da definir il stalking n'è betg uschè simpel, perquai ch'i sa tracta d'in cumportament ch'è fitg datiers ad auters causals sco la violenza u la smanatscha a chasa. Tuttina datti cleras caracteristicas per definir il stalking.

Uschia capita il stalking per regla durant ina perioda pli lunga e sa mussa tras mulestas per telefon, per e-mail u per messadis. Er po il stalking sa manifestar tras persequitar, guetter e suandar ina persuna a la piazza da lavur, en il temp liber u davant l'abitaziun. Er il spiunar e mulestar persunas vischinas, parentas ed enconuschantas tutga latiers. Senza ina intervenziun ad ura exista la ristga ch'il stalking sa midia en moda fluctuanta a smanatschas u schizunt ad acts da violenza.

Dapi in detg temp s'occupan ins en Svizra sin plaun politic dal tema stalking. Differents chantuns sco Berna, ils dus Appenzells, Zug, Uri, Neuchâtel e.u.v. han previs mesiras spezialas cunter il stalking ed èn uschia sa rendids abels d'agir. Il rapport spezial dal Departament federal da l'intern (DFI) davart violenza cuntegna la suandanta frasa:

«Sche la polizia agescha ad ura ed en moda offensiva, è quai en cas da stalking savens fitg impurtant per survegnir il stalking uschè svelt sco pussaivel sut controlla resp. per metter ina fin a tal.»

Perquai ch'il causal manca, na datti en il chantun Grischun fin ussa naginas cifras en il sector dal stalking. Il maximum da las cussegliaziuns tar l'Agid a victimas dal Grischun lascha dentant presumar ch'il dumber da persunas pertutgadas da stalking crescha er en il Grischun.

En Svizra vegn applitgà in model da 3 fasas per proteger persunas pertutgadas da stalking en moda immediata, cuntinuanta e persistenta.

Quel lavura cun intervenziuns immediatas, pia cun mesiras per intervegnir immediatamain cunter la persuna che fa stalking, per pudair interromper uschè svelt sco pussaivel l'autodinamica (l'uschenumnada spirala da stalking), cun ina fasa da stabilisaziun, pia cun mesiras per prevegnir a repetiziuns ed ad in auter agir suenter il fatg ed uschia per stabilisar la situaziun resp. per mantegnair resp. per cuntinuar cun mesiras immediatas efficacias, sco er cun soluziuns persistentas, pia cun mesiras per mantegnair ina protecziun a media ed a lunga vista cunter ulteriuras acziuns da stalking.

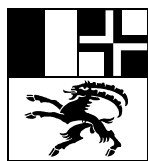
Per pudair applitgar quest model ch'è sa cumprovà en differents chantuns, dovri ina basa legala. Bliers chantuns disponan gia d'ina basa dal gener, en il Grischun però manca ina tala fin ussa.

Per insumma pudair proteger persunas ch'èn pertutgadas da stalking, sto il Cussegl grond stgaffir ina basa legala.

Per serrar questa largia en nossa legislaziun, pretendan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders ch'ina basa legala per il causal dal «stalking» vegnia stgaffida analogamain als chantuns numnads qua survast.

Cuira, ils 22 d'october 2020

Rettich, Geisseler, Casty, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Cuira), Gartmann-Albin, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Müller (Favugn), Niggli-Mathis (Grüsch), Perl, Preisig, Rutishauser, Schwärzel, Thür-Suter, Ulber, von Ballmoos, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Cuira), Tscholl



Seduta del

12 gennaio 2021

Comunicata il

13 gennaio 2021

Protocollo n.

17/2021

Incarico Rettich

concernente la creazione di una base legale per i casi di stalking

Risposta del Governo

Il servizio intercantonale specializzato per la polizia giudiziaria definisce lo stalking come l'atto di perseguitare e molestare intenzionalmente e ripetutamente una persona, minacciandone la sicurezza e condizionandone le abitudini di vita. Si tratta senza dubbio di un grave condizionamento che può comportare conseguenze per la salute e conseguenze di carattere economico. Per proteggere le vittime di stalking occorrono da un lato strumenti che consentano di intervenire in modo immediato, d'altro lato sono necessari strumenti di intervento a medio e lungo termine con il cui ausilio possa essere interrotta la dinamica dello stalking (Christian Schwarzenegger/Aurelia Gurt, *Rechtliche Möglichkeiten gegen Stalking in der Schweiz*, perizia a destinazione dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, Berna 2019, p. 4).

Simili strumenti sono già previsti dal diritto penale, dal diritto di procedura penale, dal diritto civile e dal Codice di procedura civile, dal diritto in materia di aiuto alle vittime di reati e dal diritto cantonale in materia di polizia (cfr. Schwarzenegger/Gurt, op. cit., p. 5-15). Il Governo ha intenzione di adeguare le misure in questione nel corso della revisione parziale della legge sull'esecuzione giudiziaria, creando le basi nella legge sulla polizia affinché soggetti pericolosi possano essere contattati in un maggior numero di situazioni. In questo modo si intende dare la possibilità all'ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza di prendere contatto con i soggetti pericolosi in tutti i casi di violenza domestica e di offrire loro una consulenza in materia di violenza. Con questo strumento si intendono integrare le attuali misure nel settore della violenza domestica. Naturalmente le vittime di stalking possono trarre beneficio da questo strumento soltanto se convivono con l'autore. Queste e altre possibilità di intervento non sono state concepite appositamente per le vittime di stalking. Attualmente misure di protezione specifiche per le vittime di stalking non esistono né a livello cantonale, né a livello federale.

Il presente incarico richiede che questa lacuna legislativa venga colmata e che venga creata una base legale per la fattispecie "stalking", analogamente a quanto fatto dai Cantoni di Berna, Appenzello Interno ed Esterno, Zugo, Uri e Neuchâtel. Per quanto con ciò venga richiesta una norma penale anti-stalking specifica, occorre osservare che il 3 maggio 2019 la Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale ha

deciso di sottoporre alle Camere federali un progetto elaborato per due norme penali intese ad agevolare il perseguimento penale degli stalker. La Commissione degli affari giuridici del Consiglio nazionale ha motivato la corrispondente iniziativa parlamentare con il fatto che lo stalking limiterebbe la libertà e il modo di vivere della persona che lo subisce e potrebbe causare danni psichici, sociali ed economici. Gli strumenti giuridici in vigore non basterebbero a punire lo stalking ed esplicherebbero un effetto preventivo generale insufficiente. Ecco perché, da un lato, occorrerebbe integrare le fattispecie penali della minaccia e della coazione nella parte speciale del CP e, dall'altro, trovare approcci risolutivi quanto all'applicazione del diritto nel caso del cyberstalking (iniziativa parlamentare 19.433). La Commissione degli affari giuridici del Consiglio degli Stati ha aderito a questa procedura il 29 ottobre 2019. Occorre quindi ritenere che a livello federale lo stalking costituirà presto una fattispecie penale specifica.

Qualora il presente incarico dovesse chiedere altri provvedimenti preventivi per le vittime di stalking, già nel programma di Governo 2021-2024 il Governo ha prospettato l'esame di tale domanda nel quadro della gestione delle minacce. A questo riguardo ha spiegato che con la gestione delle minacce cantonale si intendono individuare tempestivamente sviluppi pericolosi riconducibili a singoli individui, valutarli e impedire potenziali atti violenti. In questo modo si intenderebbe aumentare la sicurezza della popolazione dall'estremismo violento, dalla radicalizzazione, dalla violenza domestica e dallo stalking, ma anche la sicurezza delle istituzioni come l'Amministrazione e le scuole. In primo piano si troverebbero la collaborazione sistematica e interdisciplinare tra tutte le autorità e i servizi coinvolti nonché il disciplinamento dei rispettivi compiti e delle rispettive competenze. La collaborazione andrebbe istituzionalizzata e professionalizzata mediante una strategia globale e con la creazione di un servizio specializzato per la gestione delle minacce. La ricerca interdisciplinare di misure in considerazione di differenti compiti legislativi costituirebbe l'elemento fondamentale. Dovrebbero essere create le basi legali necessarie a tale scopo e impiegati gli strumenti corrispondenti, mentre i collaboratori coinvolti dovrebbero essere istruiti (programma di Governo e piano finanziario 2021-2024, p. 445).

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue l'incarico in oggetto:

Deve essere creato un articolo di legge che consenta alla polizia di disporre un divieto di accedere ad aree determinate, di avvicinamento e di avere contatti quale particolare misura di polizia di sicurezza.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Rettich concernente la creazione di una base legale per i casi di stalking

Negli ultimi anni lo stalking ha cambiato volto. Grazie alle nuove possibilità offerte dalla tecnologia nonché alla grande mobilità odierna è cresciuta anche la varietà delle forme di stalking.

Non è semplicissimo definire cosa sia lo stalking, trattandosi di un comportamento molto simile ad altre fattispecie quali la violenza domestica o le minacce. Tuttavia esistono caratteristiche chiare che definiscono lo stalking.

Ad esempio lo stalking si estende solitamente su un periodo di tempo prolungato e si manifesta attraverso molestie perpetrate per telefono, e-mail o messaggi. Lo stalking può manifestarsi anche attraverso pedinamenti, appostamenti e persecuzioni ai danni di una persona sul posto di lavoro, durante il suo tempo libero o davanti alla sua abitazione. Vi rientra anche il tentativo di cercare di ottenere informazioni da vicini, parenti e conoscenti assillandoli. In assenza di interventi tempestivi sussiste il rischio di un graduale passaggio dallo stalking alle minacce o addirittura ad atti di violenza.

Da molto tempo in Svizzera il tema dello stalking è oggetto di discussioni a livello politico. Vari Cantoni quali Berna, i due semicantoni di Appenzello, Zugo, Uri, Neuchâtel, ecc. hanno previsto misure particolari contro lo stalking e così facendo hanno gettato le basi per poter agire. Il rapporto specialistico sulla violenza redatto dal Dipartimento federale dell'interno (DFI) contiene la frase seguente:

"Nei casi di stalking risulta sovente essere molto importante che la polizia agisca precocemente e in modo incisivo, per controllare la situazione e porre fine il più in fretta possibile allo stalking."

Dato che la relativa fattispecie non esiste, finora nei Grigioni non sono disponibili dati relativi al fenomeno dello stalking. Il numero molto elevato di consulenze fornite dall'aiuto alle vittime dei Grigioni fa tuttavia supporre che anche nei Grigioni il numero di vittime di stalking sia tendenzialmente in crescita.

In Svizzera viene seguito un modello a 3 fasi che mira a garantire una protezione diretta, continua e duratura alle vittime di stalking.

Questo modello punta sull'intervento immediato, ossia su misure di intervento diretto nei confronti dello stalker al fine di spezzare il più in fretta possibile la dinamica propria (cosiddetta spirale dello stalking), seguito da una fase di stabilizzazione, ossia da misure adottate per prevenire le recidive e altri atti conseguenti al fine di stabilizzare la situazione e mantenere le misure immediate che si sono rivelate efficaci, nonché da soluzioni durature, ossia da misure adottate per mantenere una protezione a medio e lungo termine da nuovi atti di stalking.

Affinché questo modello dimostratosi valido in diversi Cantoni possa essere seguito è necessaria una base giuridica. Molti Cantoni dispongono già di una tale base, che tuttavia nei Grigioni finora non c'è.

Per poter proteggere le vittime di stalking nei Grigioni occorre che il Gran Consiglio crei una base legale.

Al fine di colmare questa lacuna nella nostra legge, le richiedenti e i richiedenti chiedono che venga creata una base legale per la fattispecie dello "stalking" analogamente a quanto fatto dai Cantoni summenzionati.

Coira, 22 ottobre 2020

Rettich, Geisseler, Casty, Baselgia-Brunner, Bettinaglio, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Coira), Gartmann-Albin, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüşch), Perl, Preisig, Rutishauser, Schwärzel, Thür-Suter, Ulber, von Ballmoos, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wilhelm, Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Pajic, Spadarotto, Tomaschett (Coira), Tscholl